

Die "Volkswacht"
erscheint täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition Neue Grunerstr. 8/9,
durch die Post und
durch Buchhandlung zu bestehen.
Preis vierzehn Pf. Mr. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Abonnementliste Nr. 7220.

Inserationsgebühren
berügt für die einzelnen
Zeitung oder ganze Nummer
20 Groschen, für Vereine und
Veranstaltungen 10 Groschen.
Inserate für die ganze Nummer
müssen bis Mittwoch 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhärtige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 451.

mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 40.

Donnerstag, den 16. Februar 1899.

10. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Wie man das Dresdener Urtheil „rechtfertigt“.

Allgemein hat man angenommen, daß die dem Dresdener Urtheil in der Veröffentlichung des amtlichen „Dresdener Journals“ angehängte Schilderung der angeblich durch die Gerichtsverhandlung ermittelten Thatsachen sich auf die richterliche Begründung des Urtheils stütze. In diesem Sinne hat die ganze Presse Stellung genommen zu der Veröffentlichung, und nur in diesem Sinne konnte die selbe auf eine gewisse Befreiung Anspruch erheben. Nun mehr aber heißt die „Sächs. Arbeiterzeitung“ folgende unerhörte Thatsache mit:

„Wir hatten Gelegenheit, die „Sächs. Zeitung“ einzusehen. Man kann sich unser Erstaunen denken, als wir beim Durchlesen derselben und dann durch Vergleichung feststellten, daß die Schilderung des Urtheilstandes in der so genannten Begründung des Urtheils bis auf die fortgelassenen formellen Afterschlußwörter der Anklageschrift entnommen ist.“

In dem Artikel des „Dresdener Journals“ decken sich nach den Worten: „der Urtheilstand ist im Wesentlichen folgender“ die folgenden Absätze mit der Anklageschrift von: „Am 6. Juli 1898“ . . . an bis zu: „Von da schafften dann Boller und Schrader den Schwerpunkt nach der Wache.“

Es ist das also die gesammelte Schilderung des Urtheilstandes. Hinzugefügt ist dann nur noch die Mitteilung, daß die versammelte Menschenmenge auf 3-400 Mann geschätzt worden sei, und eine möglichst schwärz gefärbte Schilderung der Leiden des Klemmin und des Einbruchs, den er vor Gericht gemacht habe. Dabei ist der Kniff gebraucht worden, diese eigenen Zutaten des Anklageschriftschreibers dem Auszuge aus der Anklageschrift ohne Absatz anzuhängen, so daß der unbefangene Leser um so mehr den Eindruck gewinnen muß, er habe es in dieser ganzen Auszeichnung mit richterlich gesichtetem Beweismaterial zu thun.

Nun kann man ja recht verschiedener Meinung sein über unsere Richter überhaupt und über das erkennende Richterkollegium in dem Löbauer Prozeß insbesondere. Aber das ist dann doch undenkbar, daß irgend ein Richter zur Begründung des Urtheils in einem Schwurgerichtsprozeß nach dreitägiger Verhandlung einfach den Wortlaut der Anklageschrift benutzen würde. Die ganze Form der Veröffentlichung in dem Amtsblatt der sächsischen Regierung ist aber darauf angelegt, den Glauben zu erwecken, daß man es da mit einer richterlichen Begründung zu thun hat. Der von uns ermittelte Ursprung des Rechtfertigungsversuches erklärt nunmehr, weshalb darin völlig die durch Zeugen erläuterte Thatsache fehlt, daß der Polier oder Unternehmer Klemm jr. die Bauarbeiter durch grobe Beschimpfungen zu Thätschleitungen gereizt hat, und weshalb auch andere zu Gunsten der Verurteilten sprechende Momente fortgeschlossen sind.

Wer, müssen wir aber da fragen, hat diesen Versuch, die öffentliche Meinung zu täuschen, auf dem Gewissen? Hat die Redaktion des „Dresdener Journals“ selbst datum gewußt, oder ist sie selbst einer Täuschung zum Opfer gefallen? Die Redaktion des „Dresdener Journals“ wird hoffentlich Selbstachtung genug besitzen, um auf unsere Frage eine unzweideutige Antwort zu ertheilen.

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreuzer.

(Nachdruck verboten.)

Seitdem Franz verlobt war, hatte er sich gewisse Gewohnheiten angeeignet, die infosommer denen Ferdinand Friedrich Urbans ähnelten, als aus ihnen erschlich das Bestreben hervorging, zu herrischen und zu befehlen, aber doch zum mindesten Anordnungen zu treffen, wie sie aus den Rechten einer Autorität herzuleiten sind. Mit der Zeit hatten die Leute in der Fabrik sich daran gewöhnt, ihn ebenso zu respektieren wie Urban; ja es kam oft vor, daß man den kleinen Fabrikbesitzer ganz übernahm und nur auf den großen Profuktionen hörte, der unter Umständen sehr herablassend sein konnte und in seinen Manieren den gebildeten Mann zeigte, den man bei Urban stets vermied. Der Letztere beobachtete diese Hintenansetzung seiner Person mit stilllem Zagrismus. Als aber einer seiner Befehle nicht befolgt worden war und man sich deswegen auf Franz befreit, bat sich ihm endlich die Gelegenheit dar, den getreuen Löwen hervorzuholen. Es gab unter vier Augen einen armen Auftritt.

„Sie thun ja gerade, als wenn Sie hier der Chef wären und ich Ihr junger Mann!“ röhte er in voller Entzückung, worauf dann sofort die höflichste aller Antworten kam.

„Es würde mir zur größten Ehre gereichen, Ihr Chef zu sein, Herr Urban, denn derartige vortreffliche Menschen findet man selten“, sagte Timpe junior.

Diesmal aber ließ der kleine Mann sich nicht überreden ihm die Erwidern wie gewöhnlich verblaßt hatte.

„Wenn das noch einmal vorkommt, dann sind wir gezwungene Freunde, verstehen Sie?“

Franz läpppte sein Buch und sagte gleichzeitig: „Da

die schlecht müssen aber nicht die offiziösen Vertheidiger des Zuchthausurtheils von ihrer eigenen Schie denken, daß sie an einem solchen kläglichen Standort ihre Zuflucht nehmen. Da sieht man wieder einmal, wie die Weisheitheit der Republikaner, „im Interesse der Regierung zu lügen“ — siehe das bekannte Bindersche Eingeständniß — verheerend auf die Denkfähigkeit einwirkt. Die offiziösen Schribenten müssen völlig ratlos gewesen sein, sonst hätten sie sich doch sagen müssen, daß sie über kurz oder lang bei ihrem Schwund ergrappt werden würden.“

Soweit die „Sächs. Arbeiterzeitung“, deren Enthüllung die weiteste Verbreitung verdient.

Im Übrigen hat der klägliche Rechtfertigungsversuch des sächsischen Offiziösen auch in der bürgerlichen Presse — abgesehen von der Scharfmacher-Clique — keinen Beifall gefunden. Sogar die offiziöse „Klippische Zeitung“ schreibt: „Trotz der Versuche, die das amtliche Blatt macht, um den Auskluß der Deffentlichkeit zu erklären, müssen wir bei unserer Ansicht verharren, daß damit ein schwerer Fehler begangen worden ist. Die amtliche Veröffentlichung hat nicht die volle Beweiskraft einer öffentlichen Verhandlung und wird die Sozialdemokraten nicht hindern, den Fall weiter in ihrem Interesse auszudeuten. Wir betrachten übrigens die lange Auseinandersetzung des Dresdener Blattes als ein tatsächliches Zugeständniß, daß man mit dem Ausschluß der Deffentlichkeit einen Fehler begangen hat, der sich hoffentlich nicht wiederholen wird. Soweit sind wir in Deutschland noch nicht, daß wir aus Furcht vor den Sozialdemokraten unsere Rechtsprechung zu verbergen brauchten.“

Ebenso ist von der Darstellung des „Dresdener Journals“ über den Ausschluß der Deffentlichkeit selbst ein großkapitalistisches Blatt wie die „Nationalzeitung“ nicht bestredigt. Das Blatt widerspricht nachdrücklich der Auffassung, daß in der Verhandlung die öffentliche Ordnung gefährdet gewesen sei, sie siehe vielmehr in grundsätzlichem Widerspruch mit den Gesichtspunkten, die zur Einführung der Deffentlichkeit als Regel bei strafhaften Verhandlungen geführt habe. Einschätzungen der Zeugen, wie sie nach der amtlichen Darlegung in Dresden befürchtet wurden, können durch ein wachsames und energisches Verhalten des Präsidenten verhindert werden, durch die Entfernung einzelner Zuhörer, nöthigerfalls durch Ausgabe von Karten zum Zuhörerraum und vorsichtiges Verfahren bei der Bertheilung derselben. Keinesfalls aber kann die Ausschließung der Presse von der Verhandlung durch jene Besorgniß der Einschätzungen der Zeugen gerechtfertigt werden; auch ein sozialdemokratischer Reporter, der durch die Anfertigung seines Berichts in Anspruch genommen ist, könnte solche Einschätzungen nicht bewirken.“

Die Berliner „Volkszeitung“ sagt: „Die Ausschließung soll danach erfolgt sein, weil man die Beeinflussung der Zeugen und den Ausbruch der Unzufriedenheit bei den Zuhörern gefürchtet habe. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die offiziöse Behauptung dem Vorstehenden des Gerichtshofes unterstellt, er hätte die Aufrechterhaltung der Disziplin im Gerichtssale nicht durchsetzen können. Unglücklicher hätte die offiziöse „Begründung“ nicht lauten können. Was aber die Haltung des Publikums im Übrigen betrifft, so muß sie tatsächlich musterhaft gewesen sein; denn nicht einmal nach Verkündung des Urtheils hat sich das Publikum aus seiner Ruhe herausbringen lassen.“

sogleich gehen. Ich werde meinem Vater zu flüßen fallen und ihn um Verzeihung bitten. Sie wissen, daß Emma großjährig und ihr Vermögen sicher gestellt ist. Mein Vater und ich werden dann ebenfalls eine Fabrik bauen, und damit Sie sich meiner stets erinnern, werden wir das in Ihrer unmittelbaren Nähe, auf der anderen Seite der Straße thun . . . Adieu!“

Er nahm läßt blütig seinen Hut und wollte verschwinden. Nach zehn Minuten aber konnte man ihn noch wie vor auf dem alten Platz finden; denn Urban, vor Entsehen bleich, batte ihn in sein Abtuet gebeten, um „vorher noch ein paar Worte“ mit ihm zu wegschein. Urban sprach stotternd verblüfft aus. Franz spielte auch hier den höflichen Mann weiter, der Alles nur aus Interesse für seinen Prinzipal habe. Urban bot ihm eine Zigarette an, die er selbst nur in Ausnahmefällen zu rauchen pflegte, reichte ihm selbst, auf den Zehen stehend, das Feuer zu, was sich sehr komisch ausnahm, drückte ihm warm die Hand und glaubte der Versicherung seiner Hochachtung nicht besser Ausdruck geben zu können, als daß er ihn mehrmals hintereinander mit „mein junger Freund“ anrede. So erkeuerte man denn das Bündnis und trennte sich als die alten Freunde.

Die Zigarette Urban veränderten sich erst, nachdem die Türl sich geschlossen hatte. Nur dem siebenjährigen Chef entpuppte sich der gesessene Zwerg, der seine Ohnmacht fühlte und die berechtigte Wuth nicht hervorbringen darf. Oh, das hätte ihm noch gefehlt, daß dieser große Schlingel sich jetzt aus dem Staube mache, nachdem er ihn in seine Gefangenheit eingeweiht hatte; und nur zu dem Zwecke, um den halbtoten Gegner jenseits der Türl wieder lebendig zu machen. Wenn dann Vater und Sohn am Abend eines neuen Jahres würden schöne Sachen zum Vorschela kaufen, deren Folgen er allein zu tragen hätte. Und überdies das kleine

Weiter sagt dasselbe Blatt: „Was den Ausbruch „gerade gewarnt“ (in der Veröffentlichung des „Dresdener Journals“) anbetrifft, so kommt er, wie hervorgehoben werden muß, ähnlich in einem Stettiner Prozeß vor, in dem der Staatsanwalt selbst die Misshandlungen des Haushalters Mühlbrück im Polizeigefängnis als eine Tortur bezeichnet hatte. Von den beiden Gefängniswärtern, welche diese Tortur an einem Wehrlosen verübt hatten, erhielt der eine zwei Monate Gefängnis, der andere 100 Mark Geldstrafe. Und wenn wir an den Cislebener Prozeß erinnern, dessen Einzelheiten wir fürzlich an dieser Stelle Neues passiren ließen, so lag dort keiner der milderen Umstände vor, die hier, im Löbauer Falle, so schwerwiegend gewesen sind, und doch sind die reichstreuen Bergleute und der schuldige Polizeibeamte mit kurzen Gefängnisstrafen davongekommen. (Und begnadigt worden! Die Reb.)

Noch alledem muß der Versuch des amtlichen „Dresdener Journals“, die in ganz Deutschland über das Dresdener Urtheil herrschende Aufregung mit überzeugenden Gründen zu beflügeln, als ganzlich verfehlt bezeichnet werden. Und es bleibt bestehen, was ein so ruhig urtheilendes Blatt wie die „Nation“ ausgesprochen hat: „Das Urtheil ist erschreckend.“

Das Bankwesen vor dem Reichstage.

Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Bruno Schönlan f.)

(Schluß)

Meine Herren, die Frage, ob Staatsbank oder gemischtes System, hat ja heute keine praktische Bedeutung. Aber, ich meine, daß wir alle Ursache haben, heute doppelt vorsichtig zu sein vor der Ausdehnung dieser föderalen Organisation auf das Notenbankwesen, weil wir sehen, welchen Einfluß und welche Bedeutung jetzt die Agrarier, die Herren von der Stecke, bereits in Deutschland haben, wie sie heute bereits die Politik beeinflussen, und weil wir es auf jeden Fall verhindern müssen, daß diese Reichsbank, diese Centralnotenbank, die für uns eine Garantie der Goldwährung ist, die uns eine Garantie für einen gerechten Gebrauch ist, verschafft werden könnte zu einem Werkzeug mächtiger, einflussreicher Gruppen und Parteien, die im Interesse ihrer Sonderstellung die Bankpolitik nicht im allgemeinen Interesse, nicht im Interesse von Handel und Verkehr, nicht im Interesse der Entwicklung der modernen Wirtschaftsweise, sondern in der Pflege speziell agrarischer Interessen wünschen würden. Und wenn heute die Herren von der Stecke mit einer eindrücklichen Würdigkeit und Weise sich zur Bankvorlage verhalten, so beweist mit das nur, daß dieser Gang der Dinge, wie er sich gezeigt hat, diese allmäßliche Annäherung der Regierung an die Rechte und der Rechten an die Regierung und diese Kapitulation der Regierung an die Agrarier und an die Leute um Stimmen sich auch hier bei der Reichsbank vollzieht. Man verzögert auf einen prinzipiellen oder grundlegenden Kampf, und das bedeutet, daß die Herren Agrarier alle ihre Spezialforderungen in die Tasche stecken, daß sie es aufgeben, einen ernsthaften Kampf zu Gunsten der Staatsbildung der Reichsbank zu führen, daß man aber hofft, auf die Weise der freundlichen Annäherung eine ganze Reihe von Vortheilen auf anderem Gebiete zu erlangen.

Die Herren haben gelernt, daß die Politik der großen Mittel, von der sie einsprachen, gar nicht nothwendig ist; heute steht man nicht mehr vom Antrage Ranis, heute führt sich auch kein Mensch mehr für die einen vollständigen Fiasko verschaffte Doppelwährung.

Nein, heute treibt und exploittiert man die Politik der kleinen Mittel und denkt vielleicht dabei, daß bei dem Frieden, der so hergestellt ist, mindestens bei dem Waffenstillstande mit der Reichsregierung dann, wenn die Bäuerlichkeiten bei der Reichsbank beginnen, die Hochzeitssage bei den Handelsverträgen bezahlt werden wird. Diese Kompensationstat ist versteht sich; die Agrarier könnten auch nichts besseres thun, da, wie ich meine, die Wehrheit des Reichstages sich nicht auf den prinzipiellen Standpunkt der Agrarier bei der Reichsbankfrage stellen wird. Nun denken sie: wenn das nicht mit großen Erfälligkeiten geht, müssen wir mit kleinen vorliegen.

Im großen Kontoir magte man durchaus kein Geheimnis daraus, daß es ein sehr lockeres Leben führe und Passionen nachgehe, die ihm viel Geld kosteten. Da man ihn aber fürchtete, und seine Noblesse bei gewissen Gelegenheiten bekannt war, so räunte man sich die ablen Dinge, die man über ihn erfuhr, nur leise zu. So kam es, daß selber Urban noch dessen Frau irgend etwas von seinem bedenklichen Verwandten erfuhren und um so weniger Verdacht schöpfer, als er sich tatsächlich niemals eine Unpflichtigkeit oder Verstülpfung seiner geschäftlichen Pflichten zu Schulden kommen ließ.

Wenn Franz des Abends von seiner Braut Abschied genommen hatte, so suchte er die Biertheide auf, über die zahlreichen Vergnügungslokale verstreut, in denen der jungen Männerwelt Versteckungen jeder Art geboten werden. Am Abend, nahe am Mitternacht, wollte man ihn in Gesellschaft von seinem Freunde Jean, einem bei den Studenten besuchten sehr beliebten Biertheide, im Café Bierer empfangen. Daß das einer der Gründe im Kontoir erfuhr, und welches sich sofort einige Rätsel, die schon längst von selber Reichsbank Rätsel haben wollten. Nun sind die aber fürwahr. Wenn dann Vater und Sohn am Abend eines neuen Jahres würden schöne Sachen zum Vorschela kaufen, deren Folgen er allein zu tragen hätte. Und überdies das kleine

Graf v. Posadowsky: Ich muß noch auf einige Einzelheiten in den Ausführungen des Herren Vorredner eingehen. Man hat in Folge der verfehlten Zustände in den Versicherungsanstalten schwere Vorwürfe gegen diejenigen erhoben, die seiner Zeit die mathematischen Grundlagen geschaffen haben. Aber, meine Herren, bedenken Sie doch, daß wir damals vor ganz fremdem Material standen. Gerade dieser Fehler in calculo bildet die fiktive Begründung dafür, daß ein Ausgleich zu Stande kommt müssen. Die Mathematiker konnten auch die massenhafte Abwanderung der jungen Leute nach den Hauptindustriezentren nicht voraussehen. Wir haben aber keinen Grund, nun zu dieser Ursache der Abwanderung noch die der verschiedenen hohen Brüder hinzuzufügen. Man hat auch das System der Rente angegriffen, das die Grundrente erhöht und die Steigerung ermäßigt, durch die jeweils Methode wird aber gerade erreicht, daß hochgelohnte Arbeiter, also besonders solche, die in gefährlichen Betrieben arbeiten und in Folge dessen eine kürzere Aktivität haben, schneller in den Besitz einer hohen Rente kommen. Eine Verbindung der Invalidenversicherung mit der Witwen- und Waisenversicherung halte ich auch für sehr wünschenswert; aber die Betreiber müßten um das Doppelte erhöht werden. Für dringender halte ich die Ausfüllung der förmlichen Füße, der 13 Wochen, die zwischen dem Ausführen der Krankenversicherung und dem Beginn der Invalidität liegen. Schließlich komme ich nochmals auf die Rentenfälle. Es liegen häufig verschiedene urtümliche Auseinandersetzungen vor und da kann die Rentenstellen nur gerecht entscheiden, wenn sie den Betreffenden vor sich hat. Ich betone nochmals, daß ohne den gewünschten Ausgleich die Befriedigung der Anstrengungen unausführbar ist.

Herrmann (Berlin): Spricht über die verderblichen Folgen der Sachengängerei und die hieraus resultierende Nothlage der östpreußischen Landwirtschaft, die die Katastrophe der ostpreußischen Versicherungsanstalt bedingt. Das Reich hat die Verpflichtung, den Ostpreußen in ihrer Bedrängnis beizustehen, am besten durch Schaffen eines Reservefonds. (Bravo! rechts.)

Abg. Warm (Soz.): Die Debatte hat manches Absonderliche gezeigt, den Vogel hat aber unfehlig mein Vorredner abgeschossen, als er behauptete, das Kriegsgefecht habe die Freiheit der Leute gesteigert und deshalb gingen die Leute in die Stadt. Das überzeugt mich, was von konservativer Seite jetzt getan werden ist. (Sehr richtig! d. Soc.) Herr v. Voebel hat heute das wahre Gesicht der Konservativen gezeigt. Sämtliche Kriege Sinn war: die eventuellen Vorteile für die Arbeiter gehen uns gar nichts an. Nur Geld her für uns! Alles Andere ist Nebensache. (Sehr richtig! links.) Was die Konservativen für die Arbeiter gethan haben, daß haben sie nur gethan aus Furcht vor uns. (Lautes Lachen rechts.) Die Beweise für diese Behauptung liegen vor in den Worten der kaiserlichen Postkarte im Jahre 1881, die die Sozialreform als Saub gegen die Sozialdemokratie bezeichnet, in der Erklärungssrede des Grafen Posadowsky zu diesem Kriese, in der er sagte, daß die Arbeiter Sozialdemokraten werden würden, wenn nichts für sie geschiehe. (Unruhe rechts.) Natürlich ist es Ihnen auch ganz lieb, daß Ihnen die Versicherungsgesellschaft einen Theil der Rentenfälle abgenommen haben. (Unruhe und Lachen rechts.) Sie würden nicht lachen, wenn Sie wüßten, daß die amtlichen Beobachtungsberichte für Statistik vom Jahre 1897 diese Behauptung gleichfalls aufstellen und beweisen. Leider ist die Armenpflege nicht ganz unfehlig gemacht. Die Rentenempfänger müssen häufig noch die Armenpflege in Anspruch nehmen. Bei dem vorliegenden Gesetz handelt es sich unfehlig um eine Liebesgabe, die die Arbeiter den Armutigen zahlen sollen. (Unruhe rechts.)

Wollt wir kein Geld haben, müßt Ihr welches hergeben. (Unruhe und Heiterkeit rechts.)

Lebhaftestend war, was der Herr Graf v. Posadowsky und mit ihm die Redner von der Rechten über die ergänzende Pflicht der Arbeiter für das Recht der Freiheit gefragt hat. Diese Ausschau liegt über ein halbes Jahrhundert zurück. (Unruhe und Heiterkeit rechts) und wird im deutschen Reiche heut keinen Resonanzboden mehr finden. (Zehnter Widerspruch rechts.) Man hat ferner den Vermögensausgleich sozialistisch genannt. Sozialistisch ist aber die Bezeichnung dafür, daß man den Arbeitern etwas gibt, nicht ihnen etwas nimmt. (Große Heiterkeit rechts.) Waren Sie 1888, als wir gegen das Gesetz stammten, auf unsere Vorschläge eingegangen, dann wäre die ganze Katastrophe, über die Sie heut klagen, nicht vorhanden. (Heiterkeit! rechts.) Wir haben vor Jahren bereits das vertreten, was heut allgemein anerkannt wird, so vor Allem die Vereinheitlichung der ganzen Versicherungsgesetzgebung. Die Landwirtschaft beschwert sich über zu hohe Lasten; da hat die Industrie doch andere Lasten zu tragen. Es wäre nicht mehr als gerecht, daß die Landwirtschaft diese höheren Lasten aus eigenen Zuschüssen deckt. Vielleicht entschließen sich die Arbeitgeber dazu, zwei Drittel der Lasten zu tragen und den Arbeitern nur ein Drittel aufzubürden. Aber wir selbst verlangen ja diese Regelung nicht und wollen den Bauern die Lebhaftestellung nicht aufzuhören, die die Großgrundbesitzer gut aushalten können. Das einzige Mittel ist der Einkommensteuerzuschuß in progressiver Steuerung. Wie die Dinge jetzt liegen, können Sie es den Arbeitern nicht abnehmen, wenn Sie aus dem Paradiese, das Herr Kamp uns geschildert hat, fliehen. Vorläufig gilt vom ländlichen Arbeiter noch das Bild des von Ihnen nicht hochgeschätzten Dichters Heinrich Heine: "Es gibt zwei Rassen, die hungrigen und die satten, die satten bleiben vergnügt zu Hause, die hungrigen aber wandern aus." Gegen die Landarbeiterflucht hilft nur die "Suppenlogit mit Knödelgründel". Für eine Erhöhung des Reichszuschusses sagt mir nicht zu haben, denn er besteht zum größten Theil aus Arbeitergeld. Ihnen sind wir gegen den Bayerischen Vorschlag einer einmaligen Unterstützung, denn bei einer einmaligen Abfindung würde es nicht bleiben. Die Erreichung in der Bemühung der Rentenversicherung wäre ja an sich eine Verbesserung, aber nur bei verständiger Handhabung; und diese ist uns doch noch sehr zweitebant. Als ersten Vortheil seien wir die Verkürzung der Rentenzzeit von 52 auf 26 Wochen an. Es freut mich, daß der Staatssekretär die Befestigung des jetzt noch bestehenden Bakuums zwischen Kranken- und Invalidenversicherung für überaus wichtig erklärt hat. Aber die Befestigung dieses Bakuums ist doch ganz einfach. Entweder man ändert das Krankenfangeleis dahin, daß Renten Geld statt nach 13 bis nach 26 Wochen gezahlt werde, oder man ändert das Invalidengesetz und läßt die Invalidität schon nach 13 Wochen eintreten. Wir können ferner die landwirtschaftlichen Arbeitgeber von der Verpflichtung der Krankenversicherung freigesetzt bestreben. Auch gegen den Zwang beim Heilsverfahren müssen wir uns erklären.

Bet den Rentenstellen ist den Arbeitern ein viel zu geringer Einfluß eingeräumt, würden sie richtig ausgebaut und zu wirklichen Beratungsorganen der Arbeiter, so könnten sie in der That Führlichkeit leisten. Die Frage, ob ein Mann noch erwerbsfähig ist, kann sehr schlecht von einem beurtheilt werden, der außerhalb der Sphäre der Arbeiter lebt. Es gehören praktische Leute dazu, um die Ansprüche der Arbeiter auch richtig zu vertreten. Wir verlangen, daß die Bevölkerung bei den Rentenstellen geheim und direkt in der Art gewählt werden, wie wir es bei den Gewerbegeichten beurtheilt haben. Das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen ist gerade bei diesem Gesetz sehr notwendig. Mindestens alternativ müßten Frauen die Beschwerden der kranken Frauen und Mädchen entgegnnehmen und entscheiden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) — Die Kostenfrage spielt für uns keine so große Rolle. Man weiß ja noch garnicht, wie hoch die Kosten sein werden. Den Rentenstellen sollte auch die Einscheidung bei den Unfallversicherungsanträgen übertragen werden. Dabei könnte gezeigt werden, daß den Arbeitern unsympathisch System der Versicherungsgesellschaften aufgegeben werden. In manchen Städten ist das Vermögen höher als die Rente sind. Diese Ranten erhöht werden, wenn man die großen Geldsäcke mehr in Auftrag nähme. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) Die Errichtung einer Witwen- und Waisenversorgung ist dringend notwendig. Wir verlangen eine richtige Organisation der gesamten Versicherung und eine richtige Befreiung der Kosten. Schaffen Sie uns

eine solche Sozialreform, dann können Sie hoffen, daß Arbeit zu thun. Vorläufig schaffen Sie uns so viel neue Rechte, daß wir kaum Zeit haben, sie einzureihen. (Vom rechts. Vorbild der Befall links.) Herr v. Voebel hat heut auch wieder für die Peinselstrafe zur Bekämpfung der Betrüger minderjähriger Arbeiter ausgesprochen. Wie wäre es Ihnen gefallen, wenn Sie die Roheitsschreven der herrschenden Klassen die Peinselstrafe verlangt würde? Wenn alle mit Schnallen im Gesicht der Vaterländischen Spuren verkleben sollten, den sie etwa bekämpfen. (Vom rechts. Heiterkeit links.) Auf Ihrer Seite haben die Vertreter des Kolonialhelden Peters gesessen. Wir verurtheilen jede Roheit, jede Brutalität.

Die Vorlage hat im Endgültigen viele Freunde, im Größen aber sehr wenig Anhänger gefunden. Auch wir beantragen die Bewilligung der Vorlage an eine Kommission von 23 Mitgliedern. Dort sollen Sie uns auf dem Posten sehen, um ein Konkurrenzgesetz gegen uns zu schaffen, so schön, wie es nur irgend möglich ist. (Zehnter Befall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hilbeck (nach): In einem Urtheil vom 25. Februar 1900. Die Vorlage ist ganz im einseitigsten agrarischen Interesse gehalten. Am Ueberlegen schließe ich mich meinem Kollegen Hoffmann an, der die Bildung eines Ausgleichsfonds wünschte, aus dem Zuschüsse an die notleidenden Pastorenn gezahlt werden könnten. Der Ausgleich der Vorlage ist unannehmbar. Das neue Gesetz würde die rheinisch-westfälischen Kappelschaftskassen ruinieren. Wegen der lumpigen 10 Millionen, die der einen Ansatz fehlen, gefährden sie den sozialen Frieden aller Provinzen.

Direktor im Reichsamt des Innern Woedtke: Es handelt sich um dauernde Unterblanzen in meisterei. Ein Ausgleichsfond müßte fortlaufend ergänzt werden.

Abg. Haas (Erl): Der neue Entwurf stellt einen Fortschritt dar, der in Elsaß-Lothringen sehr unpopulär ist. In der Frage des Vermögensausgleichs steht ich auf dem Standpunkt des Abg. Hilze. Der Gewaltmaßregel des Zwangshilfsverfahrens können wir nicht zulassen.

Abg. Sachse (Soz.): Ich kann in das Lob des Knappeschaftsstandes nicht einstimmen. Es hat sich in den letzten Jahren zum Nachteil der Arbeiter verändert. Gegeißelt den kolossalen Lastungen der Bergwerksbesitzer, die Herr Hilbeck erwähnte, welche ich auf die kolossalen Leistungen der Berg- und Hüttenerbeiter hin. Ich könnte Ihnen Fälle anführen, in denen sich die Bergwerksbesitzer in geradezu schofer Weise um ihre statutenmäßige Beitragspflicht gedrückt haben.

Ich will nun noch kurz auf die Verschlechterungen eingehen, die das Versicherungsgesetz den Berg- und Hüttenerbeitern gebracht hat. Nach Einführung der Versicherungskassen sind die Knappeschaftskassen zum Theil als gleichberechtigte Rassen umgestaltet worden, zum Theil als Zusammensetzung, welche die von der Bergwerksbesitzer, der doch sonst den Arbeitern zu Gute kommt. Endlich bringen diese Rassen auch die Leistungen aller anderen Rassen in Abrechnung, z. B. die Militärpensionen, die Unfallrenten u. s. w. Wenn Sie in Ihren Kriegervereinen wirklich etwas leisten wollen, so schützen Sie Ihre Krieger gegen derartige Schädigungen. Sorgen Sie für Gesetzesbestimmungen, die so etwas unmöglich machen! Die Berg- und Hüttenerbeiter sind überhaupt durch das Versicherungsgesetz stark benachteiligt worden. In den Knappeschaftskassen wurde die Invalidität bei 50 Prozent der Gewerbs-unfähigkeit anerkannt, in dem Reichsgesetz erst bei zweit Drittel. Natürlich erträgt das große Ungerechtigkeit. Ferner ist es durchaus nochwendig, daß die Altersgrenze von 70 auf 60 Jahre herabgesetzt werde; ein Alter von 70 Jahren erreichen gerade in diesem Betriebe die Arbeiter in den seltsamen Fällen. Auch das System der Bergbauaufsicht muß geändert werden. Die Bergbauaufsicht werden in den Bergwerken mit einem Ausdruck bezeichnet, den ich nicht genau nennen kann, und zwar, weil sie direkt von den Besitzern abhängig sind und deren Gunst sich nur dadurch erwerben können, daß sie in ihrem Sinne die Urtheile ausspielen. Den Berg- und Hüttenerbeitern hat die ganze soziale Gesetzgebung ohnehin nur Schaden gebracht. Früher zahlten die Rassen bei Verletzungen den vollen Preis aus, mit der Reichsversteigerung fiel das fort; bei Unfällen, die gerade sehr häufig sind, erhielten die Arbeiter früher volle Entschädigung und jetzt nur noch zwei Drittel. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Gesetzgebung Abhilfe schaffe, damit die Bergarbeiter nicht Arbeiter zweiter Klasse werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Donnerstag vertagt. Außerdem Interpellation Johannsen betreffend Ausweisungen.)

Preußischer Landtag.

Das preußische Abgeordnetenhaus wählt in seiner Bedeutung. Es wird heute schon dazu benutzt, um einen Druck auf die Reichspolitik auszuüben. — Die Debatte über das Ministerium des Herrn v. d. Recke verspricht heute sehr langweilig zu werden und sich in lauter unbedeutenden Einzelheiten zu verlieren. Da wurde das Schreckgespenst zitiert und slugs änderte sich das Bild. Sicher handelten die reaktionären Geistesbeschützer im höheren Auftrag, als sie heute das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen feindselig herbeiriefen. Dafür spricht schon die Person dieser Geistesbeschützer. Es waren zwei Bannträger der Posadowsky'schen Sozialreform, der Herr Oberamtmann Ring und der Baumeister Felisch, die heute ein fürchterliches Gescheh über den sozialdemokratischen Terrorismus erheben. Herr Ring erzählte mehrheitlich grausige Geschichten über die Gefahr, die dem preußischen Staat drohe, wenn er nicht bald kräftige Maßnahmen gegen die Arbeiterverbände und die Tyrannie ergriffe, die sie gegen die Arbeitswilligen ausüben. Nach ihm leben wir bereits heute im lebhaftesten sozialistischen Staate, so unterdrückt sind die armen Unternehmer, so schamlos gebären sich die Arbeiter als Herren aller Industrien. Und merkwürdig: Nach Herrn Ring erhob sich wie aus der Pistole geschossen sofort Herr v. d. Recke, um im schneidigsten Ton zu erklären, daß er mit Bestimmtheit auf das baldige Erscheinen des Gesetzes zum Schutz der Arbeitswilligen im Reichstag reine. An welche Adressen mögen diese Worte gerichtet gewesen sein? Einmal an Herrn Rieberding? oder den Bundesrat? Herr v. d. Recke ist sonst durchaus nicht der Mann der schaue Antwoort und der glatten Rede. Wenn er hier so rasch am Platze war, so wird er wohl schon vorher eine leise Ahnung von der Schreckgespenstrede des Herrn Ring gehabt haben. — Wenn Ring spricht, kann Felisch nicht schwigen. Er ergänzte, wie er sagte, die Ausschreibung seines Kandidatur für Charlottenburg, Teltow-Berlitz durch die Schließung der Zustände im Banzewerb. Da sind nach ihm die Arbeiter ausschließlich Triumph und er erzählte die Geschichte eines armen Arbeitswilligen, der unter dem Druck der Verbände auf seinem Bauland Deutschlands Arbeit fand und schließlich bei ihm um eine Portionelle nachgeht hatte.

Die Erwiderung auf diese Anzüglichungen fiel dem frei-sinnigen Abgeordneten Dr. Hirsch zu. Er sprach recht knapp und gut und die Rechte quittierte darüber in ihrer Weise durch langanhaltendes Zischen. Herr Ring war besonders erzürzt und saß in dem Vorwurf, bestellte Arbeit geliefert zu haben, die verfeindete beurtheilt. Beide er und sein Kollege Felisch hat als Politologen fungiert hätten. Dies nannte er eine Farsce und erhielt dafür eine wohl verdienten Druckaufzug. Gegen dem Abg. Hirsch trat auf der freisinnige Abg. Goldschmidt für das Koalitionsrecht der Arbeiter in rechtskräftiger Weise ein. Damit endete die Debatte und der Austritt Werner über den Haup- und Schickerltag des Herrn v. d. Recke wurde nicht einmal der Begriffswort überwiegen, sondern mit knapper Majorität sofort abgelehnt. Die Minorität setzte sich aus den Freisinnigen, dem Zentrum und den Polen zusammen. Die Nationalliberalen hatten nur für die Überweisung an die Kommission votiert.

Morgen wird die Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch berathen.

Partei-Angelegenheiten.

Für die Familien der "Buchthäuser" hat die Dresdener Arbeiterenschaft in wenigen Tagen schon rund 9000 Mark zusammengebracht. Auch bei der Expedition des "Vorwärts" sind schon etwa 5000 Mark für den gleichen Zweck eingezogen. Und überall in Deutschland, wo klassenbewußte Arbeiter vorherrschen, zeigt sich die Opferwilligkeit derselben in hohem Maße. Auch in den Schichten des Bürgertums macht sich vielfach eine erfreuliche erthältige Teilnahme am Schicksal der armen Hinterbliebenen jener so furchtbare hart bestraften Arbeiter geltend.

Abg. Haas (Erl): Das neue Gesetz stellt einen Fortschritt dar, der in Elsaß-Lothringen sehr unpopulär ist. Der Verteilung der Gewaltmaßregel auf den Bergbau ist auf den Standpunkt des Abg. Hilze. Der Gewaltmaßregel des Zwangshilfsverfahrens kann nicht zulassen.

Genosse Städteggem ist unverhofft am Mittag Nachmittag halb fünf Uhr aus der Strafhaft in Bötzow entlassen worden.

Arbeiterbewegung.

Wer terrorisiert? Eine Schuharbeiterin in Tübingen erhielt kürzlich ihre Entlassung, und die Schuhfabrikanten erhielten zu gleicher Zeit nachfolgende "Anzeige":

"Anzeige. Ich thiere hierdurch höflich mit, daß die ... wegen Gehorsamsverweigerung entlassen werden mußte und demnächst SS 6 und 7 unserer Gehaltszahlung ihr gegenüber in Kraft treten. Mechanische Schuhfabrik."

Die SS 6 und 7 lauten, daß die betroffene Arbeiterin während dreier Monate von keinem Fibrilanten des Ringes beschäftigt werden darf.

In Kopenhagen haben die Straßenarbeiter, die die nächstlichen Plasterungsarbeiten ausführen, eine Lohnerhöhung von 24 auf 27 Kronen erlangt, nur weil ihre Interessen im Gemeinderat durch unsere Partei energisch genug vertreten wurden. Die Plaster-Gesellschaft ist verpflichtet, ihren Arbeitern dieselben Löhne zu zahlen, wie sie sonst Kommunalarbeiter erhalten.

Sattlerstreit. In der Militärrüstensfabrik von Bötzow in Eisleben ist es zu einem Aufstand der dort beschäftigten Sattler gekommen. Beteiligt sind 39 Kollegen.

Die Bergarbeiter in Zwickau nahmen am Dienstag in einer stark besuchten Versammlung den Bericht der Lohnkommission entgegen. Man beschloß den Kaufpreis an den Berg- und Hüttenerbeitern zu verhauen, um später mit Erfolg die Forderungen der Bergarbeiter vertreten zu können.

In der Teppich-Fabrik von Benjamin u. Co., Berlin, Blumenstraße 65, haben die Arbeiter wegen Mißregelung eines ihrer Kollegen die Arbeit niedergelegt.

In der Schuhfabrik von G. Schütz in Harg bei Dresden sind Differenzen ausgebrochen. In Frage kommen 63 Schuhmacher, von denen 47 organisiert sind.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 16. Februar 1899.

Für die Dresdener "Buchthäuser" gingen heute ein: Aus der Redaktion der "Bresl. Morgen-Ztg." 8 Mt., Silberarbeiter und Graveure vor dem Nikolai-thor 9,10 Mt., Frau Linde 1 Mt., Finster 50 Pf., von einem schlafenden Sattler 1 Mt., Frau Müller, Hohestraße 1 Mt. Durch Fabian (33) 12,75 Mt., mit den gestern quittierten 418,50 Mt. in Summa 451,85 Mt.

* Auch in bürgerlichen Kreisen gibt sich zum Theil großer Unwillen über das Dresdener Urtheil und. Dafür legen die Briebe Zeugnis ab, die an sozialdemokratische Redaktionen gerichtet sind. Der "Vorwärts" theilt als Probe der Stimmung folgende Stellen aus einem ihm zugetragenen Schreiben mit, dessen Stil auf einen einfachen Mann aus dem Bürgertum schließen läßt:

Aus Menschlichkeitsgeschriften sende ich Ihnen inliegend 500 Mark zur Unterstützung der zum Opfer gefallenen hinterlassenen Familien.

Ich halte es für nötig, eine kurze Erklärung folgen zu lassen, weshalb ich mich zu dieser Gabe veranlaßt fühle.

Wenn mehrere angestammte Arbeiter anderer Arbeiter ihrer Branche durch Worte zu veranlassen suchen, seine Über Kunden zu arbeiten, oder wenn Bürger, Geschäftsmänner, Studenten, Militärs etc. ähnliche oder noch schlimmere Begehrungen in trunken Zeitwege ausüben, was je in allen Kreisen auch oftmaß vorkommt, und es warden auf dieselben Schüsse abgefeuert, wie es hier der Fall gewesen ist (wenn auch nur blutlos), so lange dies Niemand befremdet, wenn Betreffende sich bedroht fühlen und handgreiflich werden und daraus eine große Schlägerei entsteht. Daß derartige Leute entsprechend bestraft werden müssen, liegt auf der Hand und dürfte hier eine Gefangenstrafe von einem drittel, einem halben und selbst bis zu einem ganzen Jahre am Platz sein. Daß man aber solche Leute gleich Morden mit 10, 7, 5 Jahren Zuchthaus bestraft und dadurch die armen Familien ihres Schädigers so lange verausbt, muß fernermann, der ein menschlich fühlendes Herz im Leibe hat, gewiß sehr empören.

Kein Gleicherunter ihrer Partei, aber ein Menschenfreund.

* Eine Schule ohne Eingang befindet sich in Wilsdrus, Kreis Radeberg. Wie die "Radeberger Ztg." mithilft, wurde die Schule ihrer Zeit abseits des Ortes im freien Felde erbaut, und der Zugang zu ihr im schlimmsten Zustand zwischen gewerkschaftlichen Häusern durch Schotter, die mit verschiedenem Unrat angefüllt sind, geschaffen. Dieser Zugang wurde unbefestigt bis vor kurzer Zeit voll beansprucht, ohne daß von irgendeiner Seite hierüber Beschwerde geführt wurde. Zugs des Schulgrundstück läuft eine Schmalspurbahn, über deren Gleise der Zugang ebenfalls hinwegführt. Da die Schmalspurbahn bis jetzt mit Personenbetrieb gewesen ist, so war eine Gefährdung der Passanten weniger zu befürchten und die Bahnhofsecke wurde ohne weitere Sicherheitsvorrichtung befahren. Nun hat die Bahnhofswaltung jetzt den Lokomotivbetrieb eingeführt und, obwohl niemand zu fragen, den Zugang zur Schule mit einem großen Zaun verriegelt, so daß es nur einem klügten Tüchtig möglich ist, nach der Schule zu gelangen. Ein Protest gegen die Sperrung seitens des Schülern und Lehrerstandes hatte, wie die "Radeberger Ztg." weiter schreibt,

die Anordnung zur Folge, daß die Strecke nicht betreten werden darf; der Zugang wurde fest vernagelt und eine Warnungstafel angebracht. Nun sieht die Schule ohne Eingang da. Wie es heißt, beabsichtigen die Lehrer, wenn für einen rechten Zugang zur Schule nicht gesorgt wird, den Schulbesuch so lange auszufügen, bis eine süßere Passage geschaffen wird, da sie sich der Gefahr nicht aussetzen wollen, daß Kinder überfahren oder wegen Betretens der Bahngleise bestraft werden.

* **Aus den Ausflügen der Volkschüler** kann ein großer Thäl der Kinder nicht teilnehmen, weil ihnen die Mittel fehlen, sich zu befähigen. Viele Eltern sind nicht im Stande, ihren kleinen die erforderliche geringe Summe einzustellen, und so bleibt laufenden von Proletarierkindern auch das Vergnügen eines gemeinschaftlichen Ausfluges veragt. Der Magistrat hat nun ebenfalls eingesehen, daß dieser Zustand wenig dem Zweck der Schularausflüge entspricht und deshalb in den Stat für das Volkschulwesen endlich eine Summe — 1000 M. — eingesetzt, mit deren Hilfe den Kermisen die Teilnahme ermöglicht werden soll.

* **Die Breslauer Wahlplakat-A Angelegenheit** ist, wie bereits mitgetheilt, am Dienstag im preußischen Landtage vom Abg. Dr. Pöschl zur Sprache gebracht worden. Der Ministerialrat und freikonservative Abgeordnete Freiherr von Zedlitz und Neufisch bezeichnete darauf laut Bericht das Vorgehen der Polizei als außerordentlich ungeschickt und Herr von der Recke, der Polizeiminister, erklärte: „Die Vorfälle bei der Breslauer Reichstagswahl, die der Abgeordnete Pöschl gerichtet hat, wären auch nach meinem Ermeessen besser unterblieben. Über die Rechtsfrage will ich mich nicht äußern. Ich habe meine Meinung, jener Zeit der betreffenden Instanz zur Kenntnis gebracht.“ — Hierzu bewertet die „Sächs. Volkszeitung“ recht treffend: Auffallend erscheint es, daß die Polizei einer Großstadt, die doch, abgesehen von der Spize selbst, über genügend juristisch geschulte Kräfte verfügt, sich in dieser Weise von allen maßgebenden Interessen und Faktoren reflektieren und fortwährend lassen muß. Wenn dergleichen einem juristisch nicht vorstellbaren Amieuortheiter im Dorte X oder Y passiert, so möchte das noch hingehen, aber in einer königlichen Haupt- und Residenzstadt müßte man

doch, sollte man glauben, um Reputation und — Nachruf besorgter sein!

* **Der Polizeipräsident Dr. Biesko** wird, wie die „Sächs. Volkszeitg.“ meldet, seine Stellung in Breslau zum 1. April d. J. aufgegeben haben und in eine höhere Stellung im Nordosten der Monarchie einzutreten. Wir werden Herrn Dr. Biesko keine Abschiedsgeschenke nachweisen.

* **Die Zahlstelle Breslau des deutschen Holzarbeiterverbandes** veranstaltet am 18. Februar im Schleswerdersaal ein großes maskiertes und unmaskiertes „Narrenfest“, das den Theilnehmern großes Amusement bietet und deshalb wie stets zahlreich besucht sein wird. Das Fest wird an Abwechslungen sehr reich sein und dürfte Alt und Jung zum Besuch anziehen. (Siehe Inserat.)

* **Auf dem Bahndamm der Ringbahngesellschaft wurde** ein Weichensteller von einer Lokomotive zu Boden geschleudert; er erlitt dabei einen Schädelbruch, an dem er bald darauf starb.

* **Ein Einbruch** wurde in der Nacht zum 13. d. M. in ein Komptoir auf der Mainziasstraße verübt. Der Dieb, der sich durch Guiderücken einer Scheide Einkauf verschafft hatte, verlor vergleichsweise einen Geldschatz zu erkennen. In einem an das Komptoir grenzenden Lagerraum öffnete er mehrere Kartons und entwendete Konfekt im Wert von 10 M.

Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängnis wurden am 14. d. M. 31 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein goldener Siegelring, ein Sparkassenbuch, ein Hirschfell, 20 Stück Briefmarken, ein Schirm, ein Fächer und Papiere für Herrn Scholz und Frau Klause. — Abbandon fanden: ein goldenes Vincenz mit goldener Kette, eine Granathörse, ein goldenes Armband mit drei Smaragden, eine Brosche mit drei gelben Steinen, eine schwarzlederne Tasche, ein Wandkissen über eine Uhr und vier Portemonnaies mit 3 M., 4,50 M., 4,85 M. und 30 M. Inhalt.

Neueste Nachrichten.

Der Standort wegen des Knabenmordes in Vilna plimmt unerwartete Dimensionen an. Ein Dutzend Brüder sind verdächtig, zum Mordbot Beihilfe geleistet zu haben. 18 Brüder sind nach Belgien geflohen.

Auch in Marseille wurden von einer Volksmenge Kundgebungen gegen einen Priester veranstaltet, der sich in einer Kirche aufhielt. Die Demonstranten der Kirche wurden verhaftet. Auch ein Wundarzt, der sich in das Kloster begeben wollte, wurde verfolgt. Gegen eine andere Kirche und gegen die Synagoge wurden Steine geworfen.

Aus Bilbao (Spanien) wird gemeldet, daß es dort wegen Aufrührung gegen die Thür- und Fensterläden zu Unruhen gekommen ist, die Polizei aber die Ordnung wiederhergestellt hat.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 15. Februar.

Heiraths- und Eindringungen. I. Arbeiter August Müller, Orlastraße 5, und Martha Christ, Neue Gravenstraße 10. — Fleischbeschauer Adolf Eichmann, Södichenstraße 91, und Louise Voigt, Leinenplatz 6. — Schlosser Carl Peister, Schweizerstraße 14, und Pauline Eisner, desselbst. — Handschuhmacher Julius Wittig, Elte Sandstraße 7, und Anna Wagner, Ursulinenstraße 1. — Grenzauflöser Karl Frick, Antonin, und Anna Conrad, Losstraße 1.

Eheschließungen. I. Bahnarbeiter Johann Stieglitz, Nöckherner Bahnhof, mit Bertha Schmidt, Bolzen. — Schlosser Carl Schröder, Friedrich-Wilhelmstraße 9, mit Emma Streckende Sandstraße 7. — Tischler Max Werner, Theresienstraße 24, mit Bertha Berger, Reichsstraße 50. — Arbeiter Adolf Höbel, Goldene Gasse 19, mit Ida Kempf, geb. Springer, desselbst.

Geburten. I. Rutschler Paul König, T. — Borkofshändler Paul Wengler, T. — Maschinenfacharbeiter Max Dombrowski, S. — Arbeiter Friedrich Schröder, T. — Musiker Adalbert Haeder, T. — Haushälter August Franke, T. — II. Goldgiesser Karl Herugreen, T. — Rutschler Berthold Hakenberger, S. — Tischler Hermann Breitling, S. — Steinmetz Paul Frenzel, S. — Uhrmacher Carl Paul, S. — Arbeiter Karl Schubert, T. — Schmid Heinrich Tischler, S. — Rohrleger Johann Ritsch, T. — Malermeister Emil Hulde, S. — Photographe Franz Röhl, S. — Handelschuhmacher Max Reinhard, S. — Haushälter Robert Küller, S. — Arbeiter Karl Barwolff, S. — III. Arbeiter Karl Lindner, S. — Kneifer Hermann Winnert, S. — Rutschler Joseph Bialek, S. — Haushälter Eduard Kreit, S. — Schlosser Fritz Dann, T. — Sattler Julius Spiller, T. — Maurer Carl Schall, T. — Arbeiter Karl Silwinsky, T. — Zimmermann Carl Scholz, S. — Korbmachermeister Oscar Strauß, T. — Tischler Gustav Machnigk, T. — Zimmermann Paul Viehmann, T. — IV. Schlosser Richard Grosser, T. — Hölzbremier Carl Sowada, S. — Arbeiter August Schwarz, S. — Arbeiter Paul Opitz, T.

Todesfälle. I. Kuno Glätscher, Photographe, 50 J. — Arbeiter-Büttwe Christiane Kleindienst, geb. Schöps, 72 J. — Rutschler Gottlieb Wegner, 45 J. — Arbeiter Max Reiser, 32 J. — II. Louise, T. des Maurers Franz Melz, 2 Mon. — Lebhaber T. des Rangiers Carl Hartmann, 2 J. — Paul, S. des Schlossers Paul Stanulla, 1 J. — Berwittin, Droschen-Kutschler Helen Hering, geb. Ober, 82 J. — III. Reinhold, S. des Arbeiters Heinrich Stanja, 4 Mon. — Alfred, S. des Kutschers Josef Bielek, 1/2 Seite. — Martha, T. des Tischlers Max Kistler, 3 Mon. — Schuhmacher Julius Weiß, 26 J. — Kutschler Paul Sternitzky, 30 J.

Stadt-Theater.

Donnerstag: „Cyrano von Bergerac“. Freitag: „Gimpel“. Einmaliges Spiel der Kommerzienrätin Erika Wedekind vom Schauspiel in Dresden. „Die lustigen Weiber von Windsor“. Sonnabend: „Die Geiseln“.

Oper-Theater.

Donnerstag: „Friedemann Brüder“. Freitag: „Auf der Sonnenseite“.

Volkss-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag: Gruppe L. 4. Vorstellung: Sonnabend: Gruppe M. 4. Vorstellung: „Kabale und Liebe“.

Deutsches Theater.

Donnerstag: „Der Bibliothekar“. Freitag: „Untere Frauen“.

Volkstheater

Friedrich-Wilhelmstraße 67. Donnerstag: „Comm und Löwe“.

Morgen Freitag:

Szenen für

Erna Nitzschke. Für einmalige Aufführung: Der Hergottschmied von Oberammergau. Befreiung der Freiheit und Lust im 5. Akt.

Achtung!

Nun eröffnet!

Schuhhaus

Carl Kallmann

Ritterstraße 80

4547 eröffnet

Jedes Jettet 1. Güteklasse

Exclusiv: Samarken.



Bellissime Schuhe —

Blume deutscher 2,50,

Blume Englischer 3,75

Fransen-Schuhe und

Spangen-Schuhe

Lily Braun-Glocken

Preis 26 Pf.

Fransen-Schuhe und

Spangen-Schuhe

Lily Braun-Glocken